

| | | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------|----------------------|-----------------|
| Vorlage | | Vorlage-Nr: | FB 56/0127/WP17 |
| Federführende Dienststelle: Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration | | Status: | öffentlich |
| Beteiligte Dienststelle/n: | | AZ: | |
| | | Datum: | 30.01.2018 |
| | | Verfasser: | |
| Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 07.12.2017 – öffentlicher Teil | | | |
| Beratungsfolge: | | TOP: 2 | |
| Datum | Gremium | Zuständigkeit | |
| 22.02.2018 | Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie | Entscheidung | |

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 07.12.2017 – öffentlicher Teil.

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

Erläuterungen:

keine

- 1 -
Der Oberbürgermeister



N i e d e r s c h r i f t
**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Integration und Demographie**

23. Januar 2018

| | |
|------------------------|---------------------------------|
| Sitzungstermin: | Donnerstag, 07.12.2017 |
| Sitzungsbeginn: | 17:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 20:05 Uhr |
| Ort, Raum: | Sitzungssaal des Rates, Rathaus |

Anwesende:

Ratsfrau Rosa Höller-Radtke

Ratsfrau Melanie Astrid Seufert

Ratsfrau Uschi Brammertz

Ratsherr Holger Brantin

Ratsherr Josef Hubert Bruynswyck

bis 19:20 Uhr, TOP 10

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsfrau Nathalie Hüllenkremer

Ratsherr Hans Müller

Frau Anne Eickholt-Schippers

SGA/21/WP.17

Ausdruck vom: 23.01.2018

Seite: 1/22

Herr Frank Hansen

Frau Margret Roitzsch

Herr Rolf Schäfer

Frau Caline Strack

Frau Nadine-Dominique van der Meulen

Herr Lorenz Hellmann

als Vertreter für Ratsfrau Lucke, Daniela

Frau Leona Piana

als Vertreterin für Ratsfrau Begolli, Ellen

Herr Jürgen Amberg

Herr Franz-Josef Marx

Frau Marion Timm

Herr Georg Georgiadis

Abwesende:

Ratsfrau Ellen Begolli

- entschuldigt -

Ratsfrau Daniela Lucke

- entschuldigt -

Herr Gregor Palenberg

- entschuldigt -

Ratsherr Markus Mohr

- entschuldigt -

von der Verwaltung:

Herr Prof. Dr. Sicking

Dez. VI - Beigeordneter -

Herr Frankenberger

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration – Fachbereichsleiter

Frau Braxein

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Herr Dr. Otto

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration - Sozial- und Altenplaner-

Frau Dogan

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration – Kommunales
Integrationszentrum

Frau Dr. Lindemann

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Frau Daemen

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Frau Wölk

Fachbereich Presse und Marketing

Frau Plum

Servicebereich Versicherungsamt

Herr Kölpin

Fachbereich Finanzsteuerung

Herr Clahsen

Fachbereich Finanzsteuerung

Gäste:

Herr Meyer

AGIT Aachen

Herr Nyhsen

SKM Aachen e.V.

Herr Ant

AWO Kreisverband Aachen Stadt und Land e.V.

Frau Blümer

Diakonisches Werk im Kirchenkreis Aachen e.V.

als Schriftführer:

Herr Bücken

- 6 -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 28.09.2017 - öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 56/0112/WP17

- 3 **Armut und Arbeit in (der StädteRegion) Aachen – Erkenntnisse zur sozioökonomischen Lage**
Vorlage: FB 56/0119/WP17

- 4 **Vorstellung der Arbeit der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD)**
Vorlage: FB 56/0116/WP17

- 5 **Präventionsprogramm Wegweiser - in Aachen - Gemeinsam gegen den gewaltbereiten Salafismus**
Vorlage: FB 56/0109/WP17

- 6 **Bericht des Kommunalen Integrationszentrums zur schulischen Situation der SeiteneinsteigerInnen in der Stadt Aachen**
Vorlage: FB 56/0101/WP17

- 7 **Neuaufstellung Integrationskonzept - Sachstandbericht**
Vorlage: FB 56/0105/WP17

- 8 **Änderung der Richtlinien zur Förderung von 'Projekte zur Integration' aus städtischen Mitteln**
Vorlage: FB 56/0107/WP17

- 9 **Anträge der Träger der freien Wohlfahrtspflege auf Erhöhung der Zuschüsse 2018**
Vorlage: FB 56/0115/WP17

- 10 **Haushaltsplanberatungen 2018 – Haushaltsplanentwurf 2018
einschließlich Finanzplanung 2019 - 2021
Vorlage: FB 56/0117/WP17**
- 11 **Konzept „Quartiersmanagement“
Ratsantrag Nr. 228/17 der CDU- und SPD-Fraktionen vom 28.11.2016
Vorlage: FB 56/0111/WP17**
- 12 **Sachstand „Aufbau einer Plattform zur Sozialplanung - Durchführung einer weiteren
Sozialkonferenz“
Ratsantrag der CDU- und SPD-Fraktionen vom 05.09.2016
Vorlage: FB 56/0118/WP17**
- 13 **Bahnhofsmision – Antrag auf Zuwendungen
Vorlage: FB 56/0121/WP17**
- 14 **Zuschuss an das Diakonische Werk im Kirchenkreis Aachen zum Projekt „TANDEMmia“
aus der Stiftung „Alten- und Siechenfonds“
Vorlage: FB 20/0121/WP17**
- 15 **Zuschuss an den SKM Aachen zum Projekt für Flüchtlingspaten - Projekt "Aachener
Hände" aus der Stiftung "Kinder- und Jugendfonds"
Vorlage: FB 20/0122/WP17**
- 16 **Aktuelle Situation**
a) bei den Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im
Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfängern
nach dem AsylbLG
b) in den Übergangsheimen
c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge / Nationenstatistik
Vorlage: FB 56/0113/WP17
- 17 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 28.09.2017 - nichtöffentlicher Teil**
Vorlage: FB 56/0114/WP17

- 2 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Höller-Radtke, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Gäste. Sie verweist auf die vorliegende Tischvorlage zum Tagesordnungspunkt 10.

Im Anschluss wird Frau Leona Piana von der Fraktion DIE LINKE als neues Mitglied im Ausschuss vereidigt.

Es werden keine weiteren Anmerkungen, Ergänzungen und/oder Änderungen zur Tagesordnung vorgetragen.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 28.09.2017 - öffentlicher Teil Vorlage: FB 56/0112/WP17

Beschluss:

Mit 6 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit genehmigt der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 28.09.2017 – öffentlicher Teil.

zu 3 Armut und Arbeit in (der StädteRegion) Aachen – Erkenntnisse zur sozioökonomischen Lage

Vorlage: FB 56/0119/WP17

Herr Meyer von der AGIT hält einen Powerpoint-Vortrag über das Thema „Arbeit und Armut in (der StädteRegion) Aachen – Erkenntnisse zur sozioökonomischen Lage“ (Anlage 1).

Herr Schäfer bedankt sich bei Herrn Meyer für den Vortrag und äußert sich dahingehend, dass ihn der Bericht erschüttert hat. In Aachen gibt es viele Probleme. Angefangen von der Überalterung der Menschen die hier leben, der geringen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, bis hin zur geringen Kaufkraft. Was ihn aber meisten verwundert hat, ist das schlechte Image der Stadt. Herr Schäfer hält es daher für notwendig, dass diesen Problemen gegengesteuert wird. Den Fraktionen der CDU und SPD ist daher der vorliegende Beschlussvorschlag mit einer Kenntnisnahme nicht weitgehend genug.

Der Beschlussentwurf soll einen Auftrag enthalten. Es sollen Maßnahmen entwickelt werden, die den Ergebnissen des Berichtes gerecht werden. Er bittet den Ausschuss den folgenden Beschluss zu fassen: „Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung unter Einbeziehung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft und der Sozialkonferenz geeignete Maßnahmen zu erarbeiten, um den in dem Bericht der AGIT festgestellten negativen Entwicklungen entgegen zu wirken und eine Image-Linie zu entwickeln, die dem Wahrnehmungsdefizit entgegen wirkt. Die Maßnahmen sind mit der StädteRegion zu koordinieren“.

Frau Höller-Radtke schlägt vor, im letzten Satz des Beschlusses das Jobcenter mit aufzunehmen.

Herr Hansen bedankt sich für die FDP-Fraktion für Vortrag bei Herrn Meyer. Er stimmt den Ausführungen von Herrn Schäfer zu, dass diesen Ergebnissen gegengesteuert werden muss. Die Stadt Aachen hat ein Image-Problem. In der Stadt gibt es viele Leerstände in den Ladenlokalen.

Herr Hansen spricht außerdem das Problem „Wohnen“ an und fragt, was gegen den Wohnungsmangel getan werden kann.

Herr Meyer entgegnet, dass das Thema Wohnen im Kontext zu sehen ist, aber nicht explizit untersucht wurde. Beim Thema Wohnen muss man über die Stadtgrenze hinausgehen und auch die benachbarten Räume sehen. Auf regionaler Ebene gibt es ein Wohn-Monitoring, wo die aktuelle Wohnungsmarktsituation erfasst wird

Herr Frankenberger äußert sich dahingehend, dass der Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration wegen der angesprochenen Themen neu organisiert wurde. In der Sozialplattform werden die Schwerpunkte Armut, Arbeit, Wohnen und demografischer Wandel aufgearbeitet und für die Sozialkonferenz konzeptionell vorbereitet.

SGA/21/WP.17

Ausdruck vom: 23.01.2018

Seite: 8/22

Herr Deumens bedankt sich bei Herrn Meyer für den Vortrag. Er zeigt sich überrascht, dass die Stadt Aachen so schlecht da steht. Das Thema „Armut“ wurde von der Fraktion DIE LINKE mehrfach im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie eingebracht. Er führt aus, dass trotz geringerer Arbeitslosigkeit die Kaufkraft nicht steigt. Dies liegt überwiegend an den schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen. Die Armut der Menschen hat bundespolitische Ursachen aufgrund einer falschen Sozialpolitik. Auch ohne Arbeit darf man nicht arm sein. Dem Beschlussvorschlag von Herrn Schäfer mit den Ergänzungen, stimmt Herr Deumens zu.

Frau Hüllenkremer zeigt sich ebenfalls von dem Bericht erschüttert. Sie hält eine tiefgründigere Betrachtung der Ergebnisse für notwendig. Den Hinweis im Beschlussvorschlag auf die Koordination mit der StädteRegion und dem Jobcenter hält Frau Hüllenkremer für sehr wichtig.

Herr Müller vertritt die Meinung, dass ein Vergleich der Universitätsstädte Bonn und Münster mit der Stadt Aachen nicht ohne weiteres möglich ist. Die Städte Bonn und Münster sind strukturell anders gelagert.

In der Region Aachen leben viele ehemalige Gastarbeiter, die nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben hier geblieben sind. Oft sind deren Rentenansprüche geringer, weil sie nicht so viele Jahre gearbeitet haben. Solche Probleme haben die Städte Bonn und Münster nicht.

Herr Meyer erläutert, dass der Steinkohlebergbau und der damit verbundene Strukturwandel sicher auch eine wichtige Rolle spielen. Des Weiteren waren früher in der Region auch viele Frauen nicht erwerbstätig, was sich heute auf die Einkommenssituation auswirkt.

Im Bereich des Braunkohletagebaus wird der Region der gleiche Strukturwandel wie im Steinkohlebergbau bevorstehen. Auch dadurch werden in Zukunft viele Arbeitsplätze wegfallen.

Herr Meyer betont, dass die Untersuchung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Die Fakten müssen noch vertieft werden.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung unter Einbeziehung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft und der Sozialkonferenz geeignete Maßnahmen zu erarbeiten, um den in dem Bericht der AGIT festgestellten negativen Entwicklungen entgegen zu wirken und eine Image-Linie zu entwickeln, die dem Wahrnehmungsdefizit entgegen wirkt. Die Maßnahmen sind mit der StädteRegion und dem Jobcenter zu koordinieren.

zu 4 Vorstellung der Arbeit der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD)

Vorlage: FB 56/0116/WP17

Frau Höller-Radtke begrüßt Herrn Nyhsen vom Sozialdienst Katholischer Männer.

Herr Nyhsen stellt die Arbeit der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) anhand einer Powerpoint-Präsentation vor (Anlage 1).

Frau Höller-Radtke bedankt sich für den Vortrag bei Herrn Nyhsen und betont, dass die ASD's die Menschen dort abholen, wo sie stehen.

Frau Seufert bedankt sich ebenfalls bei Herrn Nyhsen und fragt, wie man die Menschen besser aufklären kann, was ihnen zusteht.

Herr Nyhsen erläutert, dass die Arbeit der ASD's nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Insbesondere ältere Frauen benötigen aufsuchende Sozialarbeit, die jedoch sehr teuer ist. Die ASD's würden diese Angebotsstruktur gerne weiter ausbauen.

Herr Deumens bedankt sich für die Ausführungen und die gute Arbeit der ASD's. Er merkt an, dass Altersarmut vorwiegend weiblich ist. Männer sind jedoch auch betroffen.

Herr Müller bedankt sich für den Vortrag. Er sieht die ASD's mehr als Lotse in der Grundversorgung. Bei älteren Menschen ist die Mund-zu-Mund-Propaganda sehr wichtig.

Herr Nyhsen erklärt, dass es wichtig ist, vor Ort aktiv zu sein und die Menschen zusammenzuführen.

Herr Hansen bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion bei Herrn Nyhsen. Er fragt, wie hoch die Anzahl hochausgebildeter Frauen bei den Alleinerziehenden ist.

Herr Nyhsen entgegnet, dass eine solche Auswertung die Kapazitäten des ASD's übersteigt

Des Weiteren fragt Herr Hansen, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund von den ASD's betreut werden.

Herr Nyhsen antwortet darauf, dass die Zahlen derzeit nicht erhoben werden.

Herr Ant erläutert, dass die Anzahl der Kunden mit Migrationshintergrund im Ostviertel sehr hoch ist.

- 11 -

Es gibt aber keine genauen statistischen Angaben.

Auf Vorschlag von Frau Höller-Radtke wird der Beschluss um das Wort „zustimmend“ ergänzt.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Träger des Allgemeinen Sozialen Dienstes zustimmend zur Kenntnis.

zu 5 Präventionsprogramm Wegweiser - in Aachen - Gemeinsam gegen den gewaltbereiten Salafismus

Vorlage: FB 56/0109/WP17

Frau Dr. Lindemann hält einen Powerpoint-Vortrag über das Präventionsprogramm Wegweiser – in Aachen – Gemeinsam gegen den gewaltbereiten Salafismus (Anlage 1).

Frau Höller-Radtke bedankt sich für die ausführliche Präsentation bei Frau Dr. Lindemann.

Frau Seufert fragt, wie die konkrete Arbeit im Präventionsprogramm aussieht.

Frau Dr. Lindemann erläutert, dass innerhalb der Stadtverwaltung die Mitarbeiter in den Abteilungen sensibilisiert werden, zum Beispiel die SozialarbeiterInnen. Mit Hilfe des Wegweiser-Beirats werden weitere Sensibilisierungsmaßnahmen unternommen. Diese Woche hat z.B. eine Veranstaltung des Arbeitskreises Trennung/Scheidung stattgefunden. Demnächst findet eine Sitzung mit allen Schulleitern statt. Im Anschluss daran werden in den Schulen Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Frau Dr. Lindemann erklärt, dass eine konkrete Fallschilderung sehr schwierig ist. Die Beratungsstelle Wegweiser versteht sich als Fachstelle, die mit anderen Stellen, z.B. mit dem Jugendamt, zusammenarbeitet. Auch eine enge Kooperation mit dem Jobcenter ist sehr wichtig. So kann z.B. die Enttäuschung, keine Lehrstelle gefunden zu haben, den Betroffenen in den Salafismus führen.

Frau Hüllenkremer fragt, wie viele Anfragen gestellt wurden und wie viele Einzel- und Fallberatungen stattgefunden haben.

Frau Dr. Lindemann erklärt, dass grundsätzlich keine Zahlen über Anfragen und Beratungen herausgegeben werden. Sie zeigt aus der Präsentation eine Statistik aus 2017.

Frau van der Meulen bedankt sich für den Vortrag und fragt, ob die Hochschulen mit einbezogen werden. In den Studiengängen sind viele Personen im Alter bis zu 30 Jahren.

Frau Dr. Lindemann bedankt sich für die gute Anregung. Es wird versucht werden, die Hochschulen mit einzubeziehen.

Herr Müller erläutert, dass in der JVA Aachen der Salafist Vogel oder Laue inhaftiert ist. Er fragt, ob nicht die Gefahr besteht, dass versucht wird, in der JVA andere Personen anzuwerben.

Frau Dr. Lindemann erläutert, dass in Aachen der Salafist Laue inhaftiert ist. Die Zuständigkeit in den JVA's obliegt dem Ministerium mit eigenen Beratungsstellen. Der Wegweiser ist dort nicht zuständig.

Herr Bruynswyck bedankt sich für den Vortrag. Er findet es gut, dass es dieses Programm in Aachen gibt. Er fragt, ob das vom Land initiierte und geförderte Programm auf Dauer ausgelegt ist.

Frau Dr. Lindemann erläutert, dass das Projekt Wegweiser zunächst auf 4 Jahre angelegt ist. Inwieweit eine Verstetigung erfolgt, kann noch nicht abgesehen werden.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

**zu 6 Bericht des Kommunalen Integrationszentrums zur schulischen Situation der SeiteneinsteigerInnen in der Stadt Aachen
Vorlage: FB 56/0101/WP17**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Neuaufstellung Integrationskonzept - Sachstandbericht

zu 7 Vorlage: FB 56/0105/WP17

Herr Frankenberger erläutert, dass im Jahr 2017 sehr intensiv am Integrationskonzept gearbeitet wurde. Vor Weihnachten soll der erste Textentwurf des Konzeptes fertig sein. Nach der Abstimmung des Konzeptes im Verwaltungsvorstand im Januar 2018, findet am 15.02.2018, von 17.00 bis 20.00 Uhr, in der Nadelfabrik ein interfraktioneller Workshop statt. In diesem Workshop soll über das Integrationskonzept diskutiert werden. Auf der Basis dieser Diskussion sollen die Anregungen eingearbeitet werden. Danach erfolgt die Vorstellung des Konzeptes in den Ausschüssen. Wahrscheinlich im April soll das Konzept als erstes im Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie vorgestellt werden.

Herr Deumens spricht ein großes Kompliment an Herrn Frankenberger und sein Team aus. Es ist sehr viel Schwung in die Fertigstellung des Konzeptes hereingebracht worden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 8 Änderung der Richtlinien zur Förderung von 'Projekte zur Integration' aus städtischen Mitteln

Vorlage: FB 56/0107/WP17

Frau Höller-Radtke berichtet, dass der Integrationsrat in seiner Sitzung am 15.11.2017 die Richtlinien beschlossen hat.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die vom Integrationsrat beschlossene Änderung der Richtlinien zur Förderung von „Projekte zur Integration“ aus städtischen Mitteln zur Kenntnis.

- 111 -

zu 9 Anträge der Träger der freien Wohlfahrtspflege auf Erhöhung der Zuschüsse 2018
Vorlage: FB 56/0115/WP17

Herr Frankenberger erklärt, dass noch keine Zusage durch die Stiftungsverwaltung erfolgte, dass für die Erhöhungen im Jahr 2018 Stiftungsmittel zur Verfügung stehen.

Frau Hüllenkremer macht den Vorschlag, dass alle Träger, die einen Antrag auf Erhöhung gestellt haben, 2,5 Prozent mehr erhalten.

Herr Deumens erläutert den Antrag der Fraktion DIE LINKE (Anlage 1). Den Anträgen der Träger der freien Wohlfahrtspflege auf Erhöhung der Zuschüsse 2018 soll in der jeweils beantragten Höhe wie in der Anlage 2, Seite 80 der Vorlage dargestellt, entsprochen werden.

Frau Seufert fragt nach, ob die Möglichkeit besteht, für 3 Jahre pauschal ohne Antragstellung die Zuschüsse um jeweils 2,5 % jährlich zu erhöhen. Dies würde auch einen Bürokratieabbau bedeuten.

Frau Höller-Radtke erklärt, dass die Erhöhungen aus den Stiftungsmitteln nur jährlich erfolgen können, da die Planungssicherheit bei den Stiftungsmitteln sehr schwierig ist und eine Entwicklung nicht abgesehen werden kann.

Herr Demmer erläutert, dass die Anträge auf Erhöhung nicht immer in der gleichen Höhe erfolgten. Er hält daher eine pauschale Bezuschussung für 3 Jahre für nicht möglich.

Frau Höller-Radtke bittet um Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Mit 2 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen wird der Antrag der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich abgelehnt.

Danach erfolgt die Abstimmung über den Vorschlag der SPD.

Der Beschluss erfolgt mit 2 Nein-Stimmen und 13 Ja-Stimmen.

Beschluss:

Die Träger der freien Wohlfahrtspflege erhalten alle eine Erhöhung von 2.5 %.

zu 10 Haushaltsplanberatungen 2018 – Haushaltsplanentwurf 2018

einschließlich Finanzplanung 2019 - 2021

Vorlage: FB 56/0117/WP17

Von der Verwaltung liegt ein geänderter Beschlussvorschlag zum Tagesordnungspunkt 10 als Tischvorlage vor (Anlage 1).

Frau Seufert erläutert den vorgelegten Veränderungsantrag der Grünen Fraktion (Anlage 2). Sie erklärt, dass 55 % der Arbeitslosen langzeitarbeitslos sind. Für diese Menschen gibt es multiple Vermittlungshemmnisse auf den ersten Arbeitsmarkt. Es sollen jährlich 250.000€ für 4 Jahre im Haushalt eingestellt werden, um die Integration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu unterstützen.

Frau Seufert erklärt, dass es besser ist, Arbeit zu finanzieren als die Arbeitslosigkeit. Wenn die Betroffenen Ihre Miete nicht mehr von der Stadt finanziert bekommen, sondern diese selber zahlen können, hat dies auch etwas mit Menschenwürde zu tun. Frau Seufert ist der Meinung, dass die Stadt hier einen Beitrag leisten- und nicht nur auf andere Institutionen verweisen soll.

Frau Hüllenkremer erklärt, dass sie die Einrichtung einer Trinkerstube nicht befürwortet. Den Antrag auf das Kommunalprogramm „Soziale Teilhabe“ lehnt sie auch ab. Erstens soll wie unter TOP 3 beschlossen, die Absprache einer Koordination zwischen der Stadt Aachen und dem Jobcenter, sowie der StädteRegion abgewartet werden. Zweitens sollen keine Parallelen zur StädteRegion gebildet werden. Nur ein gemeinsames Handeln ist sinnvoll.

Des Weiteren fragt Frau Hüllenkremer nach dem gestrigen Antrag des Freiwilligenzentrums auf Erhöhung der Zuschüsse für 2018.

Herr Frankenberger berichtet hierzu, dass mit dem Caritasverband und dem Verein zur Förderung des Ehrenamtes Gespräche geführt wurden und abgesprochen wurde, dass in 2018 zunächst das Konzept abgestimmt wird und frühestens für 2019 eine Erhöhung der Zuschüsse in Frage kommt. Über die Email des Vereins zur Förderung des Ehrenamtes an die Fraktionen SPD und CDU ist Herr Frankenberger erstaunt.

Frau Hüllenkremer kann sich eine Zusicherung der Förderung auf 3 Jahre vorstellen. Nach Eingang des Konzeptes ist eine Erhöhung des Zuschusses um 2.5 % möglich.

Herr Deumens zeigt sich über die Diskussion überrascht. Die Fraktionen DIE LINKE und Grünen Fraktion haben keine Unterlagen erhalten und kennen den Vorgang nicht. Eine Beratung hält er daher für sehr schwierig.

SGA/21/WP.17

Ausdruck vom: 23.01.2018

Seite: 15/22

Herr Müller schlägt vor, dass der Verein inklusive einer Erhöhung von 2,5 % mit 9.225 € bezuschusst wird, damit die Arbeit in 2018 fortgeführt werden kann.

Frau van der Meulen kann zu dem Vorgang nichts sagen, da sie auch nicht informiert wurde.

Frau Höller-Radtke schlägt eine Erhöhung des Zuschusses in Höhe 2.5 % wie bei allen anderen Trägern vor.

Der Vorschlag von Frau Höller-Radtke wird in einer Abstimmung von allen Ausschussmitgliedern ohne Gegenstimme mitgetragen.

Herr Deumens äußert sich zum Antrag der Grünen Fraktion. Er ist gegen die Errichtung einer Trinkerstube. Dem Antrag Kommunalprogramm „Soziale Teilhabe“ (Arbeitsmarktintegration) stimmt er zu.

Über den Antrag der Grünen Fraktion wird in 2 Schritten abgestimmt.

Mit 5 Ja - Stimmen und 10 Nein - Stimmen wird der Antrag Kommunalprogramm „Soziale Teilhabe“ mehrheitlich abgelehnt.

Mit 2 Ja - Stimmen und 13 Nein – Stimmen wird der Antrag „Trinkerstube“ mehrheitlich abgelehnt.

Frau Höller-Radtke liest den geänderten Beschlussentwurf gemäß der Tischvorlage zu TOP 10 vor (Anlage 1).

Herr Demmer erinnert an die Erweiterung des Beschlussentwurfs um den Zusatz „2.5 % Erhöhung für die Träger“.

Mit 2 Nein - Stimmen und 3 Enthaltungen wird mehrheitlich folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zu TOP 9 (Anträge der Träger der freien Wohlfahrtspflege auf Erhöhung der Zuschüsse 2018) sowie einer Erhöhung der Zuschüsse für die Freiwilligenzentren in Höhe von 2,5% ausschließlich der Personalaufwendungen die Teilergebnispläne der Produktbereiche 050101, 050105, 050202, 050401, 050501, 100803 und 100804 entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2018 und der Finanzplanung 2019 – 2021 (Anlage 1 und 2) einschließlich der Produktblätter (Anlage 4) und der Veränderungsnachweisung (Anlage 5), der Ergänzungen zur Veränderungsnachweisung -Ergebnisplan- (Anlage 6) sowie der entsprechend der Veränderung angepassten Produktblätter (Anlage 7).

Er beauftragt die Verwaltung, die Beratungsergebnisse in die Teilfinanzplanung zu übertragen.

Der Ausschuss beschließt die im Teilfinanzplan 2018 veranschlagten Investitionen sowie deren Finanzplanung 2019 – 2021 (Anlage 3) einschließlich der Ergänzung zur Veränderungsnachweisung - Investitionsplan- (Anlage 6).

zu 11 Konzept „Quartiersmanagement“
Ratsantrag Nr. 228/17 der CDU- und SPD-Fraktionen vom 28.11.2016
Vorlage: FB 56/01111/WP17

Herr Dr. Otto stellt das Konzept „Quartiersmanagement“ anhand einer Powerpoint-Präsentation vor (Anlage 1).

Frau Hüllenkremer bedankt sich bei Herrn Dr. Otto für die Ausführungen. Sie bemisst dem Quartiersmanagement große Bedeutung zu. Der finanzielle, sozialräumliche und zeitliche Umsetzungsplan zur Einrichtung weiterer Quartiersmanager oder Stadtteilbüros, der mit Ratsantrag vom 28.11.2016 beantragt wurde, fehlt noch, so dass dieser Ratsantrag noch nicht erledigt ist. Frau Hüllenkremer kündigt einen weiteren Antrag für Anfang 2018 zu diesem Thema an.

Herr Deumens bedankt sich den ausführlichen Bericht und stimmt dem Beschlussvorschlag zu. Er ist der Meinung, dass das Quartiersmanagement soziale Ungleichheiten nicht verhindern kann.

Frau Timm bedankt sich bei Herrn Dr. Otto und erläutert, dass die Wohlfahrtspflege an vielen Gesprächen zum Quartiersmanagement beteiligt war. Die Quartiersentwicklung ist in Zukunft weiter zu thematisieren, insbesondere der Ausbau und die Weiterentwicklung. Die Bedarfe in den Quartieren müssen erfasst und an die Verwaltung weitergegeben werden.

Herr Hansen bedankt sich für die Ausführungen. Er wünscht sich eine Aufstellung, in der konkrete Hinweise gegeben werden, was die einzelnen Projekte in den Quartieren kosten und welche Bedarfe noch bestehen.

Dr. Otto erklärt, dass er in einem Jahr berichten wird, was in den Quartieren erreicht wurde. Zwischendurch wird er über die Entwicklungen im Quartiersmanagement berichten.

Frau Höller-Radtke schlägt vor, dass der Passus aus dem Beschlussvorschlag „Der Ratsantrag SGA/21/WP.17

Nr. 228/17 der CDU- und SPD-Fraktionen vom 28.11.2016 gilt damit als erledigt, gestrichen wird.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt die Umsetzung des dargelegten Konzepts zum Quartiersmanagement.

Die Berichterstattung zu Punkt 5 des Beschlusses zum Tagesordnungspunkt 3 – 2. Sachstandsbericht zu ortsnahen dezentralen Dienstleistungsangeboten – des Personal- und Verwaltungsausschusses aus der Sitzung vom 12.01.2017 gilt damit als erledigt.

zu 12 Sachstand „Aufbau einer Plattform zur Sozialplanung - Durchführung einer weiteren Sozialkonferenz“

Ratsantrag der CDU- und SPD-Fraktionen vom 05.09.2016

Vorlage: FB 56/0118/WP17

Herr Frankenberger berichtet, dass am 27.11. 2017 die erste Sozialplattform unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft der Träger der freien Wohlfahrtspflege, des Gesundheitsamtes und der Polizei stattgefunden hat, um die Sozialkonferenz inhaltlich vorzubereiten. Dort wurden die Kernthemen Armut, Arbeit, Wohnen und Demografischer Wandel besprochen. Des Weiteren wurden die Zielgruppen definiert und die Arbeitsgruppen festgelegt. Das nächste Treffen der Sozialplattform findet im Januar 2018 statt. Die Sozialkonferenz soll nach den Sommerferien 2018 stattfinden.

Frau Seufert regt an, dass auch über die Ergebnisse und Entwicklungen aus der letzten Sozialkonferenz berichtet wird.

Frau Hüllenkremer erklärt, dass im nächsten Schritt ein integriertes Planwerk erstellt werden muss und passgenaue Maßnahmen entwickelt werden sollen. In 2018 wird dazu ein Antrag gestellt werden. Herr Deumens hofft, dass nach der Sozialkonferenz auch entsprechende Mittel zur Umsetzung der Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Otto kann zu den finanziellen Mitteln noch keine Auskunft erteilen. Er berichtet, dass das Format der Sozialkonferenz geändert werden soll. Aktuellen Themen soll mehr Raum gegeben werden. Vorgesehen ist auch ein Bericht, welche Maßnahmen in der letzten Sozialkonferenz erarbeitet wurden

SGA/21/WP.17

Ausdruck vom: 23.01.2018

Seite: 18/22

und was aus diesen Maßnahmen geworden ist.

-18-

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zum Sachstand „Sozial-Plattform und Sozialkonferenz“ zur Kenntnis.

zu 13 Bahnhofsmision – Antrag auf Zuwendungen

Vorlage: FB 56/0121/WP17

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Vorgehensweise der Verwaltung zur Kenntnis.

**zu 14 Zuschuss an das Diakonische Werk im Kirchenkreis Aachen zum Projekt „TANDEMmia“
aus der Stiftung „Alten- und Siechenfonds“**

Vorlage: FB 20/0121/WP17

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie beschließt den Zuschuss in Höhe von 30.000,- € an das Diakonische Werk im Kirchenkreis Aachen zum Projekt „TANDEMmia“ aus der Stiftung „Alten- und Siechenfonds“.

zu 15 Zuschuss an den SKM Aachen zum Projekt für Flüchtlingspaten - Projekt "Aachener Hände" aus der Stiftung "Kinder- und Jugendfonds"

Vorlage: FB 20/0122/WP17

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Beschluss:

Der Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie beschließt einen Zuschuss in Höhe von 57.800,- € für das Jahr 2018 an den SKM Aachen zum Projekt für Flüchtlingspaten - Projekt "Aachener Hände" aus der Stiftung „Kinder- und Jugendfonds.

zu 16 Aktuelle Situation

a) bei den Leistungsempfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfängern nach dem AsylbLG

b) in den Übergangsheimen

c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge / Nationenstatistik

Vorlage: FB 56/0113/WP17

Der Beschluss erfolgt einstimmig. Herr Demmer weist darauf hin, dass in der Vorlage versehentlich „Entscheidung“ aufgeführt wurde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 17 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Prof. Dr. Sicking berichtet, dass das Bistum Aachen auf dem Friedhof Hüls 185 verrottete Holzkreuze der Verstorbenen, deren Begräbnis durch den Fachbereich Sicherheit und Ordnung angeordnet wurde, durch Namenssteine ersetzen will.

Das Bistum hat Spendengelder in Höhe von 4.500€ gesammelt. Es fehlt noch Geld für 95 Steine in Höhe von 4.750 €. Die Bitte um Bezuschussung durch die Stadt Aachen wurde an Frau Grehling herangetragen. Die Verwaltung möchte dem Bistum den Betrag in Höhe von 4.750 €, das Einverständnis des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vorausgesetzt, zur

Verfügung stellen. Eine Deckung ist aus Haushaltsmitteln des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung gegeben.

Frau Höller-Radtke unterstützt den Antrag.

Die Bereitstellung der 4.750 € für die Namenssteine wird einstimmig beschlossen.

Herr Frankenberger berichtet von der Seniorenratswahl, die als Briefwahl vom 23.10. bis zum 19.11. stattfand. In den 14 Wahlbezirken, in denen sich 105 Kandidaten und Kandidatinnen zur Verfügung gestellt haben, wurden 35 Kandidaten und Kandidatinnen gewählt. Das vorläufige Wahlergebnis ist im Internet abgestellt.

Das Ergebnis muss noch durch den Wahlprüfungsausschuss, der am 08.12. um 11.00 Uhr im Ratssaal tagt, festgestellt werden. Wahlberechtigt waren im gesamten Stadtgebiet insgesamt 59.110 Seniorinnen und Senioren. Die Wahlbeteiligung lag bei 27.97 % (2012 = 23.87 %).

Des Weiteren berichtet Herr Frankenberger, dass der Vorschlag, dass sich alle Stadtteilkonferenzen im Verlauf der nächsten Sitzungen im Ausschuss präsentieren können, sehr positiv aufgenommen wurde. Die erste Vorstellung wird in der Sitzung im Februar erfolgen.

Zum Thema Einführung der Gesundheitskarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz teilt Herr Frankenberger mit, dass die Landesregierung nach der Abrechnung der ersten beiden Quartale eine Evaluation durchführt. Diese Evaluation ist abzuwarten, bevor über die Einführung der Gesundheitskarte in Aachen entschieden wird.

Des Weiteren teilt Herr Frankenberger mit, dass die Ausschusstermine 2018 feststehen. Die Termine werden der Niederschrift beigefügt.

Termine 2018:

22.02.2018

26.04.2018

28.06.2018

04.10.2018

06.12.2018